

Annahme-Bureau
Postamt außer in der
Edition dieser Zeitung
(Wilhelmsr. 16.)
C. H. Ulrich & Co.
Breitstraße 14.
Hausen bei Th. Spindler,
Grätz bei L. Streissland,
Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 227.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt kostet vierthalb für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 30. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Einzelstück 20 Pf. bis 100 Mark 50 Pf. und an die Exportation zu senden und werden für die einzelnen Tage Morgen 1 Uhr erscheinende Nummern die 10 Pf. Nachporto entrichten.

1878

Ait Rückicht auf die kritische Lage,
welche gegenwärtig in der äußeren und der inneren Politik besteht und die uns täglich vor schwere Fragen stellt, deren Entscheidung auf alle Interessen große Wirkung ausüben kann, wird die Posener Zeitung von den nächstn. Tagen ab noch mehr telegraphische Nachrichten als bisher bringen, um unsere Leser auf Schnellste über alle Vorgänge und Wendungen der Politik zu unterrichten.

Die Posener Zeitung erscheint täglich drei Mal: früh, Mittags und Abends, und enthält in jeder Nummer Telegramme über die neuesten Ereignisse. Besonders erfreuen wir uns auf die tägliche Hauptausgabe der Posener Zeitung, unsere Morgennummer, hinzuweisen, welche sie am vorangegangenen Tage von 5 Uhr Abends ab einsehenden Depeschen enthält.

Amtliches.

Berlin, 29. März. Der Dr. Dohme ist zum Direktorial-Assistenten bei der königlichen Nationalgalerie zu Berlin bestellt. Dem Leiter und Chorleiter Kroder zu Kravitz im Reg.-Bez. Oppeln ist das Präsidat "Musikdirektor" beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung.

Berlin, 29. März. Am Tische des Bundesrates Hoffmann und mehrere Kommissarien vor der Tagesordnung erhält Abg. Richter (Hagen) das Wort: Im Interesse der Vollständigkeit des Hauses muß ich bemerken, daß obwohl der Abg. Hausmann für Lippe-Detmold bereits am 30. Dezember v. J. gestorben ist, bisher dort eine Erfatzwahl noch nicht stattgefunden hat. Es ist allgemein bekannt und kann auch der Lippe'schen Regierung nicht unbekannt sein, daß in Lippe in den ersten Tagen des April sehr viele Arbeiter, um während des Sommers beim Ziegelbrennen Verdienst zu finden, das Land verlassen. Die Zahl dieser Personen beträgt nicht weniger als 8000. Wenn denn die Wahl nun auch demnächst stattfindet, so hat es die Lippe'sche Regierung durch ihre Verschleppung doch glücklich dabin gebracht, daß ein so großer Theil der Wähler sich außer Stande sieht, von dem Wahlrecht bei der Erfatzwahl Gebrauch zu machen.

Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf betreffend die vorläufige Eröffnung des Haushaltstaats des Reiches für das Staatjahr 1877/78 auf den Monat April 1878 in dritter Lesung angenommen und die Spezialberatung des Staats für 1878/79 fortgesetzt.

Im Extraordinarium des Reichskanzleramts werden abzüglich des von den lothringischen Eisenbahnen zu zahlenden Beitrages, sowie abhängig der sonstigen Beiträge von deutschen Regierungen und Eisenbahngesellschaften 1.148.820 Mk. gefordert als sechste Rate zur Subvention der St. Gotthard-Eisenbahn.

Königlich Hohenlohe-Langenburg bittet die Regierung um eine Mitteilung darüber wie diese Angelegenheit steht und ob die Schweiz auch ihren Verpflichtungen nachkomme. Wenn keine beruhigenden Erklärungen angegeben werden könnten, so würde er die geforderten Summen nicht bewilligen können, sondern müßte beantragen, dieselben nochmals der Budgetkommission zu überweisen.

Präsident Hoffmann: Eine Abweichung von den vertragsmäßigen Verpflichtungen seitens der Schweiz hat in keiner Weise stattgefunden. Dagegen haben sich die kontrahierenden Staaten, die Schweiz, Italien und Deutschland, neuerdings über eine nachträgliche Konvention verständigt, die binnen Kurzem dem Hause vorgelegt werden wird. Nach dieser neuen Konvention sollen allerdings gewisse Theile des Gotthardunternehmens, an welchen die Schweiz ein Interesse hat, vorerst noch nicht ausgeführt, sondern die Mittel hauptsächlich vermendet werden, um die durchgehende Linie, an der Deutschland hauptsächlich ein Interesse hat, herzustellen. Diese Sache wird ja ausführlich zur Erörterung kommen, wenn die nachträgliche Konvention vorgelegt werden wird. In der Verfahrungsweise der Direktion des Gotthardbahns ist ebenso wenig die Verleihung einer vertragsmäßigen Verpflichtung zu erkennen. Wäre das der Fall, so würde allerdings die deutsche Regierung sich fragen müssen, ob sie noch verpflichtet sei zur Zahlung der Subvention. Die ungünstige Lage, in welche das Gotthardunternehmen gekommen ist, führt daher, daß die bisherige Konvention auf einer Grundlage beruhte, welche nicht vollständig zutreffend war. Daraus folgte die Überschreitung der ursprünglich vorgesehenen Summe, das gibt aber keinen Rechtsgrund für Deutschland, sich seinen übernommenen Verpflichtungen zu entziehen.

Germig: Deutschland hat ein großes Interesse an diesem Unternehmen, aber ein Aufsichtsrecht über die Ausführung des Baues und die Verwendung der Geldmittel ist ihm nicht zugestanden; es ist dringend zu wünschen, daß die neue Konvention für diese Kontrolle eine bessere Garantie gebe, als die von 1869.

Das Haus genehmigt die geforderte Summe.

Für die Unterstützung des deutschen Fischereivereins zur Förderung der künstlichen Fischzucht sind 10,000 Mark ausgeworfen. Abgeordn. v. Behr (Schmolow) beantragt die Verdoppelung dieser Summe, wenn man ein der Rente werthes Resultat erreichen will. Hätte das preußische landwirtschaftliche Ministerium den Verein nicht in liberalster Weise unterstützt, so wäre seine bisherige Wirksamkeit gar nicht möglich gewesen. In der That sind 10,000 M. zu viel, um zu sterben und zu wenig, um zu leben. Als Maßnahm für die Leistungen des Vereins möge die Thatsache dienen, daß in diesem Jahre 25 bis 30 jungen Fischen in deutschen Gewässern ausgesetzt werden. Der Ausschuß des deutschen Fischereivereins, zu dessen Mitgliedern u. a. auch Bischöflich gehörte, und der große Verein der deutschen Fischzüchter haben in ihrer Petition an das Reichskanzleramt ausdrücklich um 20,000 M. für den Fischereiverein gebeten. Es gibt Enthusiasten aller Art, warum nicht auch für das faltblättrige Böscheln der Fische? Der Redner, der mit seiner Begeisterung für die Sache dem Lande zu dienen glaubt, hofft seine Argumente bei dem heutigen Abend statthaft vertreten, als in dieser Fischerei gründlicher und wirksamer zu vertreten, als in dieser Ver-

handlung, die ihm unerwartet früh gelommen ist und ihn daher nicht recht vorbereitet gefunden hat.

Graf Holstein und Dr. Grotte empfehlen ebenfalls die Genehmigung der doppelten Summe und verweisen darauf, daß andere Staaten, wie Amerika, die Schweiz und Frankreich, viel größere Summen für die künstliche Fischzucht bewilligen.

Abg. Grumbrecht fühlt sich durch sein finanzielles Gemissen veranlaßt gegen den Antrag des Abg. v. Behr zu stimmen. Er gönne dem Verein die Unterstützung gern; allein wenn die Regierung nur 10,000 M. in den Etat einstelle, so habe er keine Veranlassung auf eine Erhöhung einzugeben. Wären 20,000 M. gefordert worden, dann hätte er sie auch bewilligt.

v. Dücker und v. Kardorff empfehlen dagegen den Antrag von Behr's, der letztere macht Grumbrecht gegenüber in diesem Falle den Grundatz geltend: minima non curat praetor; denn bei diesen Kleinigkeiten leide das Prinzip nicht.

Trotzdem entscheidet sich das Haus im Sinne seiner Kommission für die Bewilligung der geringeren Summe von 10,000 M.

Im Titel 8 werden als Beitrag zur Errichtung des allgemeinen Kollegienhauses der Universität Straßburg als erste Rate — 60,000 M. gefordert. Die Budgetkommission beantragt jedoch nur 100,000 M. zu bewilligen.

Referent Kapp empfiehlt die Annahme des Kommissionsbeschlusses, weil im ersten Jahre die hohe Summe von 600,000 M. zur Inangriffnahme des Baues nicht gebraucht wird.

Loewe: Nach dem Urtheil der Sachverständigen ist mit 100,000 M. nichts anzufangen. Man muß daher die geforderten 600,000 M. sofort bewilligen. Nachdem die Notwendigkeit des Baues allgemein anerkannt ist und die Stadt Straßburg wie auch der Landesausschuss in der Sache die nötigen Schritte gethan, darf das Reich keine Verzögerung eintreten lassen.

Unterstaatssekretär Friedberg: Nachdem der Reichstag im vorigen Jahre die Notwendigkeit des Baues in einer Resolution anerkannt, der Landesausschuss einen Beitrag von 2400,000 Mark bewilligt und die Stadt Straßburg sich bereit erklärt hat von den Bau-Materialien keine Steuern zu erheben, kann eine Verzögerung der Sache durch den Reichstag in Elsaß leicht Mißverständnisse erregen.

v. Stauffenberg hält ebenfalls die Summe von 100,000 Mark für nicht ausreichend und plädiert für Bewilligung der 600,000 Mark. Allerdings liegen die Kostenanschläge noch nicht in der gewünschten Detailirung vor, aber das ist kein Grund, den Bau hinauszuschieben. Bisher ist der Kunstbau im Reich stets stiefmütterlich behandelt worden, und es ist hohe Zeit, daß hier eine Änderung eintrete, zumal in Kunstbau die Einzelstaaten viel mehr leisteten als das Reich.

Reichenberger (Crefeld) hält es für notwendig, daß das Haus erst die Baupläne, nachdem sie von deutschen Baumeistern begutachtet worden sind, eingehend prüfe, damit etwas Geschmackvolles geschaffen werde. Bis dahin genüge die bewilligte Rate von 100,000 Mark. Die Regierung sei zu tadeln, daß sie die Pläne den deutschen Meistern noch nicht zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt habe.

Unterstaatssekretär Herzog motiviert diese Unterlassung damit, daß erst die Mittel zur Ausführung des Baues bewilligt sein müßten, bevor man die Baupläne prüfen lassen könne.

(Während der Herr Unterstaatssekretär sprach, trat eine kleine Störung ein, wie man dergleichen in dem provisorischen Reichstagsgebäude schon mehr als einmal erlebt hat. Stück kann von der Decke nicht mehr herunterfallen; heute fiel ein Stück Glas aus dem farbigen Rande des Glasdaches in die konservativen Reihen herunter, glücklicherweise ohne Herrn v. Kleist-Retzow oder den Grafen Holstein zu verletzen. Erklärt wird der an sich unerhebliche Vorfall dadurch, daß Feuerwehrmänner bei dem Beleuchtungsapparat zu thun hatten, wobei einer von ihnen aus Versehen in den Rand der Glasscheibe getreten sein mag.)

Frhr. v. Norddeck zur Nabenauf findet, daß der vorgelegte Bauplan seinem deutschen, sondern einem australischen Baustil angehört. (Heiterkeit.) Unter solchen Umständen müsse er, ohne Straßburg die vom Reichstage zugestandene 600,000 M. entlieben zu wollen, vorläufig für die Bewilligung von nur 100,000 M. stimmen.

Laßler: Man darf die Abstimmungen des Reichstages nicht von künstlerischen Geschmacksrücksichten abhängig machen; denn wollte man warten, bis sich im Reichstage eine Majorität für einen bestimmten Baustil gefunden hat, dann würde der Bau wohl nie zu Stande kommen. Der Bau ist dringlich und der Reichstag hat sich der Stadt Straßburg gegenüber zur Ausführung verpflichtet. Man möge deshalb die geforderten 600,000 Mark bewilligen.

Berger will für die Regierungsforderung stimmen, da man den Post-, Telegraphen- und Kasernenbauten die Kunstdämmen nicht nachstellen dürfe.

v. Bünsen: Der Reichstag soll sich nicht über eine bestimmten Baustil schließen, sondern nur über eine Geschmacksfrage entscheiden. Es liegt im Interesse des Kunstabbaus, daß Straßburg, "die wunderschöne Stadt", nicht durch einen schlechten Bau verunziert werde. Bevor nicht das Urtheil Sachverständiger eingeholt worden, kann man die geforderten 600,000 Mark nicht bewilligen. Und in gleichem Sinne fügt Lange hinzu, daß in der im vorigen Jahre vom Reichstage gefassten Resolution der Reichskanzler ausdrücklich aufgefordert worden sei, wegen der Baupläne bedeutende deutsche Techniker zur Prüfung einzuziehen. Bevor dies nicht geschehen, könne man die vollen 600,000 M. nicht bewilligen.

Abg. Besecker hält die volle Bewilligung im Interesse der Universität Straßburg für dringend geboten, die durch längere Hinausschiebung des Baues schwer geschädigt werde.

Römer (Hildesheim) erläutert die Geschmacksfrage dahin, daß der Reichstag in seiner Majorität jedenfalls dem Urtheile der Sachverständigen zustimmen werde.

Richter (Hagen) verweist auf den Elsaß-lothringischen Etat, nach welchem der Bau erst im Jahre 1879 in Angriff genommen werden soll. Man könne sich also bei der ersten Rate von 100,000 Mark sehr wohl beruhigen. Bei den Kasernenbauten, die Berger ins Treffen geführt, handele es sich um bestimmte Reglements, die beobachtet werden müßten, aber bei Kunstdämmen müsse doch vorher eine eingehende Prüfung stattfinden.

Bergmann (Straßburg) empfiehlt Bewilligung der geforderten 600,000 M., zumal schon aus den vorliegenden Plänen hervorgehe, daß man ein schönes Gebäude aufzuführen beabsichtige. Eine längere Hinausschiebung werde nur allerlei Unzuträglichkeiten herbeiführen.

Der Antrag der Budgetkommission auf Bewilligung von nur 100,000 M. statt der geforderten 600,000 M. wird mit geringer Majorität angenommen.

Zu Titel 10 Beitrag zu den Kosten des Wie-

Annahme-Bureau
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Daube & Co.
Haarlestein & Vogler
Adolph Moße.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim "Invalidenbau".

der Herstellungsbau des der Katharinen-Kirche zu Oppenheim am Rhein, erste Rate 16,500 Mark — bemerkt der Referent Kapp: Die Kommission hat sich gegen die Bewilligung ausgesprochen. Der Bemerkung, daß das Reich wohl in der Lage sei, so kleine Kosten zu bewilligen, halte ich entgegen, daß zur Zeit auf die Finanzlage des Reichs ganz besondere Rücksicht zu nehmen ist. Zugem haben sich die Ausgaben zu artistischen Zwecken seit 1871 von Jahr zu Jahr immens gesteigert. Wenn wir die geforderte Summe bewilligen, so werden wir einen Brändenfall schaffen, der ähnlichen Ansprüchen thür und Thür öffnet. Die Katharinenkirche gehört einer protestantischen Gemeinde, und nichts ist natürlicher, als daß demnächst die katholische Gemeinde mit den gleichen Ansprüchen kommt. Ein so großer Umbau kann nicht auf Kosten des Reichs stattfinden, zumal Rheinhessen und die Stadt Oppenheim reich genug sind, die Baukosten selbst zu bestreiten.

Heyl: Rheinhessen ist ein geeigneter Landstrich, aber die Rheinländer sind auch reich gesegnet mit Baudenkmalen, welche sämmtlich in erhalten die Mittel der Provinzen nicht ausreichen. Die Katharinenkirche ist jetzt eine Ruine, die dem vollen Untergang entgegensteht, wenn nicht bald Hilfe geleistet wird. Die Nation darf diese Perle, eines der schönsten Denkmäler des gotischen Stiles, nicht verfallen lassen; und wenn eine Reihe künstlerischer Unternehmungen auf Reichskosten bewilligt wird, so kann das Reich auch hier diese nicht allzu bedeutende Aufwendung machen. Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Baukunst und das deutsche Kunstgewerbe aus den Bauarbeiten großen Vortheil ziehen werden, wie dies auch die Arbeiten an dem Kölner Dom gezeigt haben. Die besshische Regierung ist bereit die Hälfte der Kosten zu tragen, und es ist gewiß keine unbedeutende Bitte, wenn wir sie eruchen, die geforderte Summe zu bewilligen.

Reichenberger (Crefeld): Sehr ausnahmsweise sind wir in der Lage, die Summe gegen das Votum der Kommission zu bewilligen. Es handelt sich um ein Bauwerk allererster Ranges, das dem Verfall nahe ist und die besshische Regierung hat eben so wie ein Komitee, welches sich gebildet hat, die größte Opferwilligkeit gezeigt, um dasselbe zu restaurieren. Diesen Vorläufen gegenüber müssen auch wir der Sache Sympathie zuwenden, wobei die Urtheile für die Architektur und das nationale Kunstdbandwerk nicht zu unterschätzen sind. Erst seit der Wiederaufnahme der Arbeiten an dem Kölner Dom hat die decorative Architektur in Deutschland wieder Burzel geschlagen. Diese Momente können uns veranlassen, trotz der Gründen der Budgetkommission hier in finanzieller Hinsicht ein Auge zuwenden. Aber wir bewilligen diese Summe nur unter der entschiedenen Bedingung, daß sie eine einmalige Ausgabe ist; denn die Sache ist bei weitem nicht reif, um begründete Hoffnung zu gewähren, daß das schöne Unternehmen zum rechten Ende geführt werden wird. Wir haben in diesem Gebiete so traurige Erfahrungen gemacht, daß mir immer eine Angst befällt, wenn ich von der Restaurierung eines mittelalterlichen Gebäudes höre. Solche Erfahrungen haben wir trotz der amtlichen Aufsicht, auch bei dem Kölner Dom machen müssen. Das legt uns die Pflicht auf, in vorliegenden Falle außerordentlich vorsichtig zu sein. Der Baumeister, welcher die Pläne entworfen hat, hat manches unzutreffend, anderes verkehrt angeordnet. Ich verweise in dieser Beziehung auf die "Kromberg'sche Baizeitung", wo die fertiggestellten Entwürfe als unzutreffend kritisirt werden. Ich kann dies dem Baumeister nicht verdenken, weil er diesen Stil nicht zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat und wunderte mich sogar, daß er noch soviel zu Stande gebracht hat. Die Sache ist noch überaus unklar. Es bleibt nichts übrig, als das jetzt flüssig werdende Geld zu verwenden, um den Bau gründlich einzurichten und herauszufinden, wo die eigentlichen Schäden stehen und was zu thun ist. Die Pläne müssen abschließlich der Kritik eines vom Reich bestimmt Architekten unterworfen werden. Man muß eine genaue Aufnahme des Baues machen, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Zur Zeit fehlt sogar noch der Auftrag des Langendurchnittes. Die neuen Restaurationspläne müßten in den Kunstschriften publiziert und einer allseitigen Kritik unterzogen werden. Denn lieber wäre es mir, daß der Bau verfällt, als daß er gegen den ihm innenwohnenden Stil restaurirt wird. Bis jetzt sind 430,000 Mark, unter Aufschluß der Kosten für die Bauleitung, als notwendig erachtet worden. Dies erscheint außerordentlich hoch, denn die Bauleitung hat z. B. bei dem Frankfurter Dom mehr als 12 Prozent der ganzen Baumsse in Anspruch genommen. Ein ganzer Kostenanschlag ist erforderlich, damit wir nicht in das Blaue hinein bewilligen. Ferner ist die Wahl eines tüchtigen Baumeisters als Bauleiter erforderlich. Ich habe gelesen, daß der Oberbaudirektor Schmidt in Aussicht genommen ist, und hätte nichts dagegen einzubringen, wenn er am Rhein oder in Oppenheim wohnte, aber da er in Kiel wohnt, scheint mir nicht die genügende Garantie in dieser Hinsicht vorhanden zu sein. Auch dieser Punkt muß bei der Bauausführung zur Sprache gebracht werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Reichenberger hat selbst bewiesen, daß diese Angelegenheit noch nicht reif ist. Es soll erst noch eine Aufnahme des Terrains und eine Publikation und Diskussion des Blaues stattfinden. Für diese Vorarbeiten kann das Großherzogtum Hessen sorgen, das Reich braucht sich noch nicht zu engagiren. Denn wenn wir jetzt diese einmalige Ausgabe bewilligen, dann müssen wir auch die folgenden Raten bewilligen. Trotz der Theilnahme, welche die Budgetkommission für dieses nationale Werk hat, wollte sie doch nicht einen solchen Brädenfall mit so wichtigen Konsequenzen schaffen, weil nach dieser Bewilligung aus anderen Theilen Deutschlands ähnliche Anforderungen an das Reich gestellt werden würden. Das wäre verderblich, zumal wir im Reiche nicht die geeigneten fachkundigen Organe haben, derlei Kunstdämmen zu überwachen resp. zu leiten. Die Kosten für diese Sache können aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds bestritten werden, sobald derselbe von Invaliden-Unterstützungen entlastet ist, was ja bald erfolgen wird.

Abg. Frhr. Norddeck zur Nabenauf bestreitet, daß in erster Linie der Einzelstaat für diese nationale Aufgabe eintreten müsse; es gebe keine Kunst des Particularstaates, sondern nur eine allgemeine deutsche Kunst. Auch müsse man in diesem Falle das niedrige Ausbildungsmittel einer Lotterie verhindern.

Abg. Schröder (Friedberg) weist darauf hin, daß das Reich mehr als zwei Millionen jährlich für ideale Zwecke verwendet. Obwohl er die antike Kunst schätzt, müsse er doch sagen, bevor man große Summen für die Ausgrabungen von Olympia gebe, sei es eher Deutschlands Aufgabe, deutsche Nationalkunstwerke zu erhalten. Auch würden nicht viele ähnliche Anforderungen an den Reichstag heran treten. Der Abg. Reichenberger habe zwar für die Position gesprochen, aber nur mit einem Fazit (Heiterkeit), er selbst bitte daher das Haus entschieden, an den Gestaden des Rheins dieses schöne Kunstdenkmal dem deutschen Volke zu erhalten und die geforderte Summe zu bewilligen.

Nachdem noch der Bundeskommissar das Haus er sucht hat, zur Erfüllung einer nationalen Aufgabe die geforderte geringe Summe zu bewilligen, wird die Position genehmigt.

Als Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Zentral-Afrikas gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen werden 100,000 Mark gefordert.

Die Kommission beantragt, dieselben zu streichen.

Referent Kapp motiviert den Antrag damit, daß der Kommission die Ziele dieser Bestrebungen nicht genügend klar geworden seien. Man gebe zwar Handels- und Kolonisationszwecke an, aber der Handel sei dort nicht so bedeutend, und wenn er überhaupt von Kolonisation höre, halte er sich von vornherein die Taschen zu.

Der Bundeskommissar bittet die Summe zu bewilligen, damit der deutschen Wissenschaft die Mittel geboten würden, die ihr gebührende Stellung einzunehmen. Die deutsche Gelehrtenwelt zeige für diese großen internationalen Aufgaben augenblicklich ein sehr reiches Interesse, welches durch ein ablehnendes Votum des Reichstages, gleichviel aus was für Gründen es auch erfolge, erloschen würde. Das würde namentlich zu bedauern sein in einem Augenblick, wo die deutschen Forcher weiter als jemals in das Innere Afrikas vordringen sind und sich für künftige Forschungsreisen eine vor treffliche Operationsbasis geschaffen haben.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg wünscht, daß auch Deutschland an dem großen Kulturwerk der europäischen Kulturländer, der Erschließung Zentral-Afrikas, den gebührenden Anteil nehme. Für den bedeutenden Zweck würden hier nur verhältnismäßig geringe Mittel gefordert, welche das Haus bewilligen möge. Der Redner geht genauer auf die Details der bisherigen Forschungsreisen in Afrika ein und zeigt, daß dieselben es keineswegs unmöglich erscheinen lassen, daß es endlich gelingen werde, das gesuchte Ziel zu erreichen. Fürchte das Haus, daß aus dieser einmaligen Bewilligung sich eine jährliche Rate entwickeln könnte, so möge man die geforderte Summe Sr. Majestät dem Kaiser zur Disposition stellen.

Abg. Bunsen (Hirschberg) tritt den Ansprüchen des Abg. Kapp entgegen und weist darauf, daß nach den neuesten Berichten der Missionare und anderer Reisenden im Innern Afrikas ganz menschenwürdige und Hoffnung erweckende Zustände vorhanden sind. Wie wichtig die Erforschung Afrikas den anderen Staaten scheint, zeigt besonders England, welches dreimal aus Staatsmitteln gerade Afrikareisen unterstellt hat. Wenn man immer auf die Privatwirtschaft verweise, dann solle man doch erst solche Privatwirtschaften, die, wie in England bereit sind, mit hunderttausenden Pfund Sterling die Forschungsreisen zu unterstützen. Redner tritt dann der Behauptung entgegen, daß die afrikanische Gesellschaft irgendwie an eine Kolonisation Afrikas gedacht hätte; wenn der Schriftführer derselben einen derartigen Gedanken geäußert, so habe er von der afrikanischen Gesellschaft einen Auftrag dazu nicht erhalten.

Nachdem nochmals der Referent Abg. Kapp sich gegen die Bewilligung ausgesprochen und besonders darauf hingewiesen hat, daß Deutschland in anderen Beziehungen immer als arm dargestellt werde, während man ihm hier zumuthe, tief in den Beutel zu greifen, wird die Position mit 108 gegen 92 Stimmen gestrichen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Interpellation Buhl, betreffend Übergangsabgabe von Essig, Wahlprüfungen.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Die sozialistischen Reichstagsabgeordneten haben folgenden Gesetzentwurf, betr. die Vereins- und Versammlungsfreiheit eingereicht: "Einiger Artikel. Alle Einwohner des Deutschen Reichs haben das Recht, ohne polizeiliche Anmeldung oder Genehmigung zu jeder Zeit und an jedem Orte – unter freiem Himmel wie in geschlossenen Räumen – sich zu versammeln und Vereine zu politischen Zwecken zu gründen. Alle Vereins- und Versammlungsgesetze der Deutschen Einzelstaaten sind aufgehoben. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1878 in Kraft."

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. März.

Der Finanzminister a. D. Camphausen hat am Donnerstag dem Reichskanzler Fürst Bismarck einen Besuch gemacht, um sich von demselben, vor seiner Abreise nach Italien, zu verabschieden. Der Abschied zwischen den beiden Staatsmännern soll ein bewegter und rührrender gewesen sein; man spricht sogar von Thränen, welche dabei geflossen.

Eine kleine aber recht charakteristische Geschichte kursirte an demselben Tage im Foyer des Abgeordnetenhauses über unseren neuen Finanzminister Hobrecht. Man erzählte nämlich, Herr Hobrecht habe beim Antritt seiner Stelle als Oberbürgermeister von Berlin dem Kämmerer Runde gegenüber geäußert: "Ich freue mich, daß ich an Ihnen eine so tüchtige Stütze habe und mich um die finanziellen Angelegenheiten, von denen ich blutwenig verstehe, nicht werde zu kümmern brauchen." Damals träumte Herr Hobrecht, der übrigens von allen Seiten als ein Verwaltungstalent ersten Ranges hingestellt wird, wohl nicht, daß er dereinst zum Finanzminister des preußischen Staates berufen werden würde.

Über den bisherigen Handelsminister Achenbach wird in einer Korrespondenz der "Hamb. Nachr." u. A. Folgendes gesagt:

Herr Achenbach ist knapp 5 Jahre, seit dem Mai 1873, Handelsminister gewesen. Als er ernannt wurde, war er wenig über 43 Jahre alt – nach unsern Gewohnheiten für einen Minister ein so jugendliches Alter, daß mancher Bürokrat englische Zustände gekommen glaubte, in denen William Pitt mit 23 Jahren Premierminister sein konnte. Achenbach hatte sich nach Beendigung seiner Studien zuerst der akademischen Laufbahn gewidmet. 1866 erschien er zuerst im Abgeordnetenhaus, auf der Tribüne desselben ansang sehr an den Lehrer auf dem Katheder erinnernd; aber dieser Zug verlor sich rasch und als vortragender Rath im Handelsministerium (1866), dann im Reichskanzleramt (1871), Unterstaatssekretär im Kultusministerium (1872) u. im Handelsministerium (1873), sowie als Minister wurde er, je länger, je mehr, ein gewandter Parlamentsmann, der die Volksvertretung recht gut zu behandeln verstand, besser als mancher seiner Kollegen. Geist, Kenntnisse, Eifer, angenehme Umgangsformen wird ihm Jedermann, Freund und Feind, nachdrücken müssen; aber wie fast allen Rechtfertigen, welche Fürst Bismarck, im Reiche und in Preußen, ins Amt gebracht hat, fehlt ihm, was den Staatsmann macht: die schöpferische Initiative und die Sicherheit darüber, was man will und kann. So lange ein solcher, begabter, aber unselbstständigender Beamter seine Probe als Minister noch nicht gemacht hat, erscheint er dem Reichskanzler, welcher Leistungsfähigkeit, aber Geschicklichkeit verlangt, leicht als der rechte Mann auch zum Rechtfertigen; nach der Ernennung zeigt sich dann, daß ein vortrefflicher Unterstaatssekretär ein ungenügender Minister werden kann. In dem Schritte in das Ministeramt, liegt für einen solchen Mann der Anfang des Unheils. Für Achenbach am charakteristischsten waren die vielen "Enquêtes", die er veranstaltete oder bearbeitete: durch die zu erhaltenen Antworten auf ein Schema von Fragen wollte er die schöpferischen Gedanken gewinnen, welche ihm fehlten.

Es ist jetzt noch die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Reichs schatzamt oder vielmehr, wie Fürst Bismarck das Rechtfert zu nennen beliebt, in der Reichsfinanzverwaltung zu besetzen. Bekanntlich wurde für diesen Posten zuerst der Direktor im Reichskanzleramt Michaelis genannt, dann aber erschien eine offiziöse Notiz, welche diese und ähnliche Angaben für irrig erklärte. Die Sache hing, wie mehrere Blätter aus guter Quelle erfahren, folgendermaßen zusammen:

Der Reichskanzler hatte Herrn Michaelis allerdings die Stellung angefragt, dabei aber namenlich für die in Zukunft zu befolgende Politik und Steuerpolitik Bedingungen gestellt, welche es Herrn Michaelis, der in diesen Fragen durchaus auf dem Standpunkte Delbrück steht, unmöglich erscheinen ließen, den ihm angefragten Posten anzunehmen. Er wird daher bis auf Weiteres in seiner Stellung als Direktor im Reichskanzleramt verbleiben, während die Besetzung der dirigierenden Stelle in der Reichsfinanzverwaltung nach wie vor eine offene Frage bleibt.

Sobald das neue Rechtfert übrigens selbstständig errichtet ist, wird das Reichskanzleramt, wie man hört, den Namen "Reichs-Berwaltung" bekommen und als solches unter seinem gegenwärtigen Präsidenten Hofmann weiter fungieren.

— Den Eindruck der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Nachtragsetat betreffend die Ministerialorganisation fasst die "B. A. C." in Folgendem zusammen:

"Die nationalliberale Partei hat ohne einen Blick nach rechts oder links zu werfen sich nach rubigen objektiven Erwägungen in ihrer Mehrheit nicht dafür entscheiden können, auf die von Seiten der Regierung unter Darstellung der Dringlichkeit gemachten, aber wegen der Kürze der Zeit, wie man gern zugeben mag, nicht genügend vorbereiteten und vor Allem in Bezug auf ihre Dringlichkeit nicht überzeugend motivierten Vorschläge zu Organisationsveränderungen in den Ministerien einzugehen, dagegen ist sie, wie dies von ihr wohl auch niemand anders vermuten kann, bereit, zu einer anderen Zeit, wo der preußische Landtag nicht Gefahr läuft, durch eine Ausdehnung seiner Berathungen die Arbeiten des Reichstages zu stören, die sachlichen Gründe eingehend zu prüfen, welche für diese Veränderungen von der Regierung angeführt werden, und in Gemeinschaft mit der Regierung die etwaigen Modifizierungen der bestehenden Gesetzgebung, die durch jene Organisationsveränderungen notwendig werden, in Beratung zu ziehen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. März.

r. Die Direktion der alten Posener Landschaft hat vor einigen Tagen die Berechnung der Anteile jedes einzelnen Pfandsbriefes gewesener Gutes an dem eigentlich in den Fonds der Landschaft durch Kalkulation beendigt, geprüft und genehmigt. Es stellt sich danach folgendes Resultat heraus: Das ganze 3%prozentige Pfandsbriefdarlehen bei der alten Landschaft betrug 35,361,780 M., davon wurden durch Baarzahlung abgelöst 11,532,780 M., planmäßig durch Amortisation getilgt 23,829,000 M. Der eigentümliche Fonds wird nach dem Gesetz vom 15. April 1842 nach Verhältniß der durch Amortisation, und nicht durch Baarzahlung, getilgte Quote vertheilt; milchin partizipieren daran nur die obigen durch Amortisation getilgten 23,829,000 M. Der Bestand des eigentümlichen Fonds beträgt 4,163,090 M., davon 4,076,700 M. in 4%prozentigen neuen Posener Pfandsbriefen, das Uebrige baar. Zum Empfange der auf sie entfallenden Quote des eigentümlichen Fonds (c. 16–17 p.C. des durch Amortisation getilgten Pfandsbriefdarlehens) sind bis jetzt legitimirt c. 100 Besitzer; die Legitimation von über 400 Besitzern steht noch aus. Die Frist zur Legitimation läuft mit dem 31. Mai d. J. ab; erfolgt die Legitimation bis dahin nicht, so werden diejenigen Massen des eigentümlichen Fonds, zu denen sich Niemand gemeldet hat, sowie diejenigen, auf welche die Ansprüche nicht unzweifelhaft klar dargelegt sind, gemäß der Kabinettsordre vom 14. November 1867 zur Aufbewahrung, resp. weiteren Veranlassung dem Reichsgericht überwiesen. Die Auszahlung des Anteils vom eigentümlichen Fonds an die Legitimirten beginnt mit dem 1. April dieses Jahres.

— Der "Dziennik Poznański" schlägt vor, daß polnische Capitalisten in allen großen Hauptstädten Europas Zeitungen gründen sollten, welche in der Sprache des betreffenden Landes erscheinen und für Polen eintreten. Gegen dieses unproduktive Projekt macht der "Odrodowin" ernstlich Front, und warnt, auf zweifelhafte Zeitungsunternehmungen polnisches Kapital im Auslande zur Vertheidigung Polens im Auslande zu verwenden, während im Innlande den polnischen Landwirthen durch deutsche Hände immer mehr Boden entrisse werden.

— Briefsendungen z. für S. M. S. "Gazelle" sind vom 28. d. bis incl. 2. April cr. nach Malta, vom 3. bis incl. 8. April cr. nach Gibraltar und vom 9. April cr. ab nach Plymouth, diejenigen für S. M. S. "Hertha" und "Troya" sind von heute ab bis auf Weiteres nach Syra zu dirigiren.

— Presbyter. Die verantwortlichen Redakteure des "Kurherzogtums" und des "Odrodowin", die Herren v. Zorawski und Stanislawi, wurden wegen eines Artikels, der von erfremtem Blatte dem letzteren nachgedruckt worden war und in welchem Propst Liza in Schros eine Beleidigung seiner Person gefunden hatte, am 26. d. verantwortlich vernommen.

— Zur lostener Zeugnisswangsaffaire wird dem "Kurherzogtum" geschrieben, daß, um die der Frau Dr. Bojanowski auferlegte Geldstrafe von 500 M. einzuziehen, in ihrem Hause alle Möbel, mit Ausnahme der bereits früher gepfändet, sodann an den Kaufmann Dziegiecki verkauft und von diesem der Familie Bojanowsky zum Gebrauch überlassen, gepfändet worden sind. Wie hinzugefügt wird, hat wahrscheinlich Frau Dr. Bojanowsky beim Kreisgericht eine Einigung betreffs Niederschlagung der Strafe und Befreiung vom Zeugniss gegen Propst Liza eingereicht, da der Untersuchungsrichter schon aus den früheren Terminen die Überzeugung hätte gewinnen müssen, daß sie das Zeugniss nicht ablegen werde und könne.

— Der "Odrodowin" publiziert ein Schreiben des Vikars Szostakius, aus der Verbannung, in welchem derselbe erklärt, daß er weder die Propstei in Grabia, noch irgend eine andere annehmen würde, im Falle sich die zu seiner geistlichen Wahl notwendige Anzahl von Wählern finden sollte. Er kennt zu genau die kirchlichen Beschränkungen, als daß er sich entschließen sollte, eine Propstei aus der Hand einer kanonisch nicht berechtigten Anzahl von Wählern zu übernehmen, und so die Hand voll staatsstreuer Geistlicher zu vermehren.

r. Der Posener Konsumverein, eingetragene Genossenschaft, hielt am 28. d. Mis. unter Leitung des General-Landschaftsdirektor Regierung-Präsidenten a. D. Willenbacher, Vorsteher des Aufsichtsraths, in der Arndt'schen Kolonade auf der Breslauerstraße seine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Verwaltungsbericht pro 1877 verlesen, dem Folgendes zu entnehmen ist: Auch das abgelaufene Jahr liefert kein Bild einer forschreitenden geistlichen Entwicklung der Tätigkeit des Vereins, wozu außer dem schweren Druck der Zeit, welcher auf allen gewerblichen Unternehmungen lastete und den Konsum im Haushalte auf das Minimalmaß beschränkte, als Hauptursache der beklagenswerthe Mangel thätiger Teilnahme eines verhältnismäßig großen Theils der Mitglieder begetragen hat. Von 168 Mitgliedern haben sich nur 76 mit einer Warenentnahmee von 27,590 Mark beteiligt, während die übrigen 92 größtenteils gar keine oder nur sehr wenige Waren aus dem Vertriebsgeschäft entnommen haben. Wenn trotzdem ein Warenumsatz von 50,821 Mark erzielt ist, so ist dieser Erfolg nur auf zwei von dem Verwaltungsrath beschlossene Maßregeln zurückzuführen, auf die Einrichtung einer Filiale und auf die Freigabe des Verkaufs an

Mitgliedern. Zum 1. Juli v. J. wurde ein fit der Straße belegenes Geschäftslokal zu einem Miethöre, der als bisherige Miete bedeutend geringer war, und außerdem, da sich zeigte, daß die größte Warenentnahme nicht im unteren, sondern im oberen Stadttheile stattfand, ein zweites Lokal in Theater-Strasse erworben. Im Verhältniß zu der bisherigen Miete in der Friedrichstraße erwachsen hieraus keine Mehrkosten für beide Lokale. Da sich jedoch die an die Errichtung der Filiale gefüllten Erwartungen nicht in dem Maße erfüllte, daß die Einnahmeausfälle des Hauptlokals gedeckt wurden, wurde, um den Waarenumsatz zu vermehren, beschlossen, den Verkauf an Nicht-Mitglieder freizugeben, was den Statuten des Vereins nicht widerspricht, sondern wegen des passiven Verhaltens einer großen Anzahl von Mitgliedern zum Bestehen des Vereins sogar nothwendig war; es wurde der Verkauf an Nicht-Mitglieder zu möglichst billigen Preisen freigegeben, um auch den Mitgliedern die Möglichkeit zu erhalten, ihre Lebensmittel fernerhin zu möglichst billigen Preisen zu beziehen zu können. Nur auf diese Weise ist es gelungen, einen Waarenumsatz von 50,820 M. zu erzielen. Allerdings reicht auch dieser Umsatz nicht aus, um den Fortlauf des Vereins dauernd zu sichern, weil die General-Verwaltungskosten mit dem daraus zu erzielenden Reinertrag nicht im richtigen Verhältnisse stehen; doch ist noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß gerade die Freigabe des Verkaufs an Nicht-Mitglieder den Waarenabsatz auf eine entsprechende Höhe des Gewinns steigern wird. — Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1876: 175, Ende 1877: 168; die Einnahme pro 1877: 50,821 M. gegen 54,693 M. pro 1876 und 63,630 M. pro 1875; eine Besserung des Waarenumsatzes ist pro Januar und Februar d. J. noch nicht wahrzunehmen. An einzelnen Waren wurden hauptsächlich diejenigen umgesetzt, bei welchen der Verein gar keinen oder nur einen sehr geringen Gewinn macht: Buder 8997 M., Kaffee 5795 M., Zigarren 4716 M., Schinken, Speck, Wurst 4442 M., Petroleum 4108 M., Brot, Butter, Seife, Wein, Mehl, Spirituosen z. — Die Bilanz pro ult. Dezember 1877 stellte sich dahin, daß Aktiva und Passiva 20,803 M. betrugen (Waaren vorräge 16,743 M., Inventar 2623 M., Geschäftsantheile 13,887 M., Reservfonds 361 M., Reingewinn 429 M.). Die Geschäftsunfosten betrugen 6056 M., wovon 1,20 M. an Mieten, 3160 M. an Salair. An Stelle des ersten Vorstehers Illmann ist zum 1. Oktober v. J. Kaufmann Finster, und an Stelle des zweiten Vorstehers, Kontrolleur Görlich, Feuer-Sozietäts-Sekretär Schaller getreten; in den Verwaltungsrath ist neu eingetreten Major Schröder. — Nach Erstattung dieses Verwaltungsberichts beschloß die Versammlung, gemäß dem Antrage des Verwaltungsraths, den Reingewinn von 429 M. zur Ergänzung des Reservfonds zu verwenden, und ertheilte der Geschäftsvorwaltung und Jahresrechnung Deckcharge. Ein von einem Mitgliede gestellter Antrag, den § 18 des Statuts darin abzuändern, resp. zu ergänzen, daß im Firmenregister folgendes eingetragen werde: "Der Vorstand ist nicht befugt, die Genossenschaft durch Aufnahme von Darlehen, Ausschüttung von Wechseln, oder durch Kreditnahme von Waren zu verbinden", wurde abgelehnt; dagegen wurde der vom Verwaltungsrath gestellte Antrag, die §§ 7 und 12 des Statuts darin abzuändern, daß das Geschäftsjahr nicht mehr, wie bisher, mit dem Kalenderjahr zusammenfallen, sondern von nun an die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. September umfassen solle, angenommen. — Zu Mitgliedern der Rechnungs-Revisions-Kommission pro 1878 wurden alsdann Rechnungsschreiber Kühn, Rechnungsschreiber Gutschien und Kaufmann Heinrich. Mayer, in den Verwaltungsrath an Stelle der statutenmäßig auscheidenden Mitglieder gewählt, resp. wiedergewählt: Reg.-Präsident a. D. Willenbacher als Vorstehender, Proviantmeister Kammer als Stellvertreter des Vorstehenden, und Regierungsrath Dröslshagen.

— Neutomischel, 28. März. [Hoffen.] Seit einigen Tagen haben wir am hiesigen Platze im Hopfenhandel wieder einen recht regen Geschäftsvorkehr. Einige Händler aus Böhmen und Baiern sind wieder in unserem Städtchen eingetroffen und befinden sich hier reger Kauflust. Die böhmisches Händler, welche für Rechnung böhmischer und bairischer Geschäftshäuser das Produkt einlaufen, sind beauftragt worden, Hopfen wieder lebhaft zu begehrn, und waren deshalb in den letzten Tagen äußerst thätig, das Produkt in größeren Quantitäten zu erwerben. Auch von den Händlern am Platze, welchen zahlreiche Aufträge von den Konsumenten ausgegangen sind, wurden in den zuletzt verflossenen Tagen recht bedeutende Einkäufe gemacht. Von den meistens Geschäftleuten wurden die Produzenten der hiesigen Umgegend und die Eigner in den mehr entfernt von hier liegenden Produktionsorten täglich besucht und das Produkt in größeren Quantitäten selbst zu befreien viel gekauft. In Folge dieses lebhaften Geschäftsvorkehrs hatten wir in den letzten Tagen auf dem hiesigen Markt wieder einen sehr bedeutenden Waarenumsatz. Die Zufuhr war in diesen Tagen eine ganz immense, denn es durften von den Produzenten in den letzten wohl täglich 80–100 Zentner Hopfen nach unserem Städtchen gebracht und hier der Güterexpedition zur Weiterbeförderung nach Böhmen und Baiern und an die Konsumenten in den Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen und der bairigen Provinz übergeben. Die Preise konnten bei der lebhaften Nachfrage der letzten Tage etwas höher notirt werden, denn man bemühte sich die Ware besser zu verkaufen, namentlich wenn man sie in größeren Quantitäten antrief, 72–84 Mark, für Hopfen mittlerer Qualität 54–66 Mark und für Ware geringerer Güte 39–45 Mark pro Zentner. Die Produzenten sind durch die unerwartete Wiederbelebung des Geschäfts aufs Angenehmste überrascht worden und geben ihr Produkt den Händlern zu den bemühten Preisen gern ab. Dieselben wünschen aber auch, daß sich die Lebhaftigkeit im Geschäft noch recht lange erhalten möge, damit es ihnen möglich würde, sämtliche Hopfen, den sie zuweilen noch in recht bedeutenden Quantitäten auf Lager haben, an den Mann zu bringen. Letzteres dürfte ihnen wohl leicht gelingen, wenn sich das Exportgeschäft nach England mehr beleben würde. In der letzten Zeit sollen größere Quantitäten Hopfen, welche von den Händlern hier und in der Umgegend aufgekauft wurden, für den überseeischen Export bestimmt sein. Sollte Qualität und Farbe des diesseitigen Produktes sich des Beifalls der englischen Konsumenten zu erfreuen haben, was vorausgesetzt werden darf, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich für unseren Hopfen noch recht bedeutende Absatzquellen öffnen könnten. Der Export des Hopfens nach England wird von den Produzenten in unserer Provinz manche Sorge verschonen, und dieselben erwarten wieder mit neuem Fleiß und mit neuer Lust sich in diesem Jahre dem Hopfenbau zu widmen.

— Pinne, 29. März. [Selbstmord] Auf dem Boden eines Stallgebäudes des hiesigen Gasthofbesitzers Flieger wurde heute der ca. 70 Jahre alte frühere Mühlenbesitzer Fenger erhängt vorgefunden.

Bromberg, 29. März. [Abiturientenprüfung] Bei der gestern in der Realschule unter dem Vorsteher des Regierung- und Provinzial-Schulrats Bolte aus Posen abgehaltenen Abiturienten-Prüfung wurden vier Abiturienten von der mündlichen Prüfung disqualifiziert, von den andern erhielt einer das Prädikat "gut", die übrigen haben "genügend" bestanden.

Bromberg, 24. März. [Dr. Strousberg] ist heute früh aus Berlin hier angelommen und in "Moritz Hotel" abgestiegen. Im Laufe des Tages besticht er unsere Hafenanlagen sehr eingehend, was vermutlich läßt, daß es mit der Ausführung seines Berlin-Nordsee-Kanal-Projekts in der That Ernst zu sein scheint.

Staats- und Volk

Produktions-Börse

Berlin, 29. März. Wind: O. — Barometer: 27,7. — Thermometer: 6° R. — Witterung: Milde.

Weizen los per 1000 Kilogramm M. 180—220 nach Qualität sein weiß polnischer 220 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per April-Mai 208—210 bezahlt, per Mai-Juni 210—215 bez., per Juni-Juli 214—215 bez., per Juli-August 214—215 bez. — Roggen los per 1000 Kilogr. 138 bis 150 M. nach Qualität gefordert, russischer 138—141 ab Bahn bezahlt, österreichischer 143—148 do., per diesen Monat —, per April-Mai 150,5—151—149,5 bez., per Mai-Juni 147,5 bis 148,5 bis 147,5 bez., per Juni-Juli do., per Juli-August do. — Gerste los per 1000 Kilogr. M. 115 bis 200 nach Qualität ges. — Hafer los per 1000 Kilogramm 100—165 nach Qualität ges., östl. und westrussischer 122—145, russischer 115 bis 145, polnischer 130—143, böhmischer 130—145, galizischer —, böhmischer 130—145, feiner russischer 148 bis 153 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 142—144 bez., per Mai-Juni 144—145,5 bez., per Juni-Juli 146—147,5 bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kommaare 155—155 nach Qualität, Futtererbsen 136—153 nach Qualität. — Käse per 1000 Kilogramm —. — Küchen — bez. — Leinsöl los per 100 Kilogr. ohne Fett 61 bez. — Kübel per 100 Kilogramm los ohne Fett 68 bez., mit Fett —, per diesen Monat 67,8, per März-April —, per April-Mai 67,8—67,6 bez., per Mai-Juni 68—67,9 bez., per Juni-Juli 67,5 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 66,3—66,2 bez. — Petroleum (rassif.) (Standard white) per 100 Kilogramm aus Fett los 24,2 bez., per diesen Monat 24 B., per März-April —, per April-Mai —, per September-Oktober 25,3 G. — Spiritus per 100 Lit. a 100 dtl. = 10,00 dtl. los ohne Fett bei

Fabrik 51,8 per diesen Monat 51,9—51,5 bez., per März-April do., per April-Mai 51,9—51,5 bez., per Mai-Juni 52,2—51,8 bezahlt, per Juni-Juli 52,2—52,9 bezahlt, per Juli-August 54,2—53,9 bezahlt, per August-September 54,8—54,5 bezahlt. — Kais. per 1000 Kilolito alter 134 bis 145 bez., do. neuer —, defekter moldauer —, defekt russischer —, geringer russ. —, rumänischer 134—140 ab Bahn bez., bessarabischer do., def. rumänisch. — Roggenmehl M. 4 u. 1 per 100 Kilogramm Brutto insl. Gaf. per diesen Monat 20 nom., per März-April do., per April-Mai 20—19,95—20 bez., per Mai-Juni 20,25—20,15—20,20 bez., per Juni-Juli 20,35 bezahlt, per Juli-August 20,45 bez. — Weiß u. R. 0 28,00—27,00 M. 0 und 1 26,50—25,50. Roggenmehl M. 0 22,25—20,25, M. 0 und 1 19,75—17,75 per 100 Kilogr. Brutto insl. Gaf. (B. n. D. Btg.)

Stettin, 29. März. An der Börse. (Entweder Bericht.) Weitere: Trübe, + 3° R. Barometer: 28. Wind: SO.

Weizen los wenig verändert, Termine fest und höher, per 1000 Kilos los gelber geringer 176—183 M., mittel 185—203 M., feiner bis 209 M., weißer geringer 182—193 M., mittel 194—207 M., feiner bis 215 M., per Frühjahr 211—212,5—212 M. bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 212,5—213,5 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 212—212,5 M. bez. — Roggen los wenig verändert, Termine höher, per 1000 Kilos los inländischer 134—143 M., russischer 134—142 M., per Frühjahr 145—146 M. bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 145—146—145,5 M. bez., per September-Oktober 145—145,5 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilolito Brau 160—172 M., Futter 120—136 M. — Hafer ruhig, per 1000 Kilolito alter 146—156 M., neuer 120—135 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben, per 1000 Kilos, per September-Oktober 299 M. Br. — Kübel unverändert, per 100 Kilos los ohne Fett bei

Berlin, 29. März. Die neuesten politischen Meldungen aus England, namentlich aber der Rücktritt Derby's und die Einberufung der Reserven hatten in Verbindung mit dem paniqueartigen Rückgang der Kurse in London auch hier eine große Aufregung hervorgerufen. Vor der Börse wurden für einzelne Papiere noch höhere Notrungen bewilligt; innerhalb der Börse eröffnete Kredit-Aktion 21 M. und russische Noten etwa 17 M., russische Anleihen 6 Proz., Diskonto-Kommandit Anteile 6% Proz., ungarische Goldrente und italienische Rente 4 Proz. unter den geistigen Schluss-Kursen. Ebenso verloren Franzosen etwa 15 M., Rheinische und Bergische 4—5 Proz. und die übrigen Spielpapiere stellten sich gleichfalls sofort mehrere Prozent niedriger. Dabei war das Geschäft aufgeregert und unregelmäßig; auch von außerhalb lagen ähnliche Abschreibungen vor; in Wien hatten Kredit-Aktionen etwa 9 Old. verloren, während Napoleons

Konds- u. Aktien-Börse. Dom. III. v. 100,5 87,90 Bz

Berlin, den 29. März 1878. Pr. B.-G.-Br. M. 5 100,00 G

Deutsche Konds und Geld-Course.

Bank. Anleihe 104,20 Bz

do. neue 1876 4 95,50 Bz

Staats-Anleihe 4 96,00 Bz

Staats-Schuld. 34 92,00 Bz

Car. u. Am. Sch. 34 Pr. Hyp.-B. 120 4 95,00 Bz G

Dr. Reichs-Obl. 4 101,50 Bz

Br. Stadt-Obl. 4 101,10 Bz

do. do. 39,00 Bz

Göld. Stadt-Ant. 4 101,90 Bz G

Königsw. do. 102,50 G

Göld. d. B. Kfm. 4 101,50 G

Pfandbriefe:

Pr. -liner 4 101,00 Bz

do. 5 104,50 G

Deutsch. Central 4 94,50 Bz

Pr. u. Steuerm. 34 84,75 Bz

do. neue 3 83,00 Bz

do. 38,50 Bz

do. 40,25 Bz

Pr. Brandbg. Gred. 4 88,25 Bz

Württembische 38 95,00 Bz

do. 46 96,00 Bz

do. 46 100,40 Bz

Sommerliche 38 93,25 Bz

do. 46 93,50 Bz

do. 46 101,60 Bz

Pr. -ische, neue 4 94,40 Bz

Württ. 4 94,40 Bz

do. 46 83,25 Bz

do. 46 101,75 Bz

do. 46 104,90 Bz

do. 46 neue 4 100,50 Bz

Centenar. Ritterb. 4 95,60 Bz

Pr. u. Steuerm. 4 95,80 Bz G

Pr. u. Steuerm. 4 96,75 Bz

do. 46 95,70 Bz

do. 46 98,70 Bz

do. 46 99,70 Bz

do. 46 100,70 Bz

do. 46 101,70 Bz

do. 46 102,70 Bz

do. 46 103,70 Bz

do. 46 104,70 Bz

do. 46 105,70 Bz

do. 46 106,70 Bz

do. 46 107,70 Bz

do. 46 108,70 Bz

do. 46 109,70 Bz

do. 46 110,70 Bz

do. 46 111,70 Bz

do. 46 112,70 Bz

do. 46 113,70 Bz

do. 46 114,70 Bz

do. 46 115,70 Bz

do. 46 116,70 Bz

do. 46 117,70 Bz

do. 46 118,70 Bz

do. 46 119,70 Bz

do. 46 120,70 Bz

do. 46 121,70 Bz

do. 46 122,70 Bz

do. 46 123,70 Bz

do. 46 124,70 Bz

do. 46 125,70 Bz

do. 46 126,70 Bz

do. 46 127,70 Bz

do. 46 128,70 Bz

do. 46 129,70 Bz

do. 46 130,70 Bz

do. 46 131,70 Bz

do. 46 132,70 Bz

do. 46 133,70 Bz

do. 46 134,70 Bz

do. 46 135,70 Bz

do. 46 136,70 Bz

do. 46 137,70 Bz

do. 46 138,70 Bz

do. 46 139,70 Bz

do. 46 140,70 Bz

do. 46 141,70 Bz

do. 46 142,70 Bz

do. 46 143,70 Bz

do. 46 144,70 Bz

do. 46 145,70 Bz

do. 46 146,70 Bz

do. 46 147,70 Bz

do. 46 148,70 Bz

do. 46 149,70 Bz

do. 46 150,70 Bz

do. 46 151,70 Bz

do. 46 152,70 Bz

do. 46 153,70 Bz

do. 46 154,70 Bz

do. 46 155,70 Bz

do. 46 156,70 Bz

do. 46 157,70 Bz

do. 46 158,70 Bz

do. 46 159,70 Bz

do. 46 160,70 Bz

do. 46 161,70 Bz

do. 46 162,70 Bz

do. 46 163,70 Bz

do. 46 164,70 Bz

do. 46 165,70 Bz

do. 46 166,70 Bz

do. 46 167,70 Bz

do. 46 168,70 Bz

do. 46 169,70 Bz

do. 46 170,70 Bz

do. 46 171,70 Bz

do. 46 172,70 Bz

do. 46